

Pressemeddelelse  
Kiel, 20.05.2009

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

Düsternbrooker Weg 70  
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80  
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 74  
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300  
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: [info@ssw.de](mailto:info@ssw.de)

## **SSW-Landtagsantrag: Landesregierung soll im Bundesrat CO2-Endlager ablehnen**

**Der SSW hat beantragt, dass das Land Schleswig-Holstein das Gesetz zur CO2-Endlagerung im Bundesrat ablehnen soll. „Mit dem CCS-Gesetz schafft die Bundesregierung Fakten, bevor irgendjemand die Machbarkeit, die Risiken, die Wirtschaftlichkeit und die energiepolitischen Folgewirkungen dieser Technologie benennen kann. Gerade Schleswig-Holstein als aussichtsreichster Standort für ein CO2-Endlager in Deutschland muss diese Vorfestlegung ablehnen. Ansonsten kann der Bund uns ein Endlager von oben diktieren, ohne dass das Land und die Kommunen irgendetwas dagegen tun können“, warnt der umweltpolitische Sprecher des SSW im Landtag, Lars Harms, der gerade einen entsprechenden Antrag für die Juni-Tagung des Landtags eingereicht hat.**

„Der Landtag muss die Landesregierung dazu bewegen, im Bundesrat das Gesetz zur Regelung der Abscheidung, des Transports und der dauerhaften Speicherung von Kohlendioxid abzulehnen. Mit diesem ‚CCS-Gesetz‘ wird eine Rahmengesetzgebung für die Endlagerung von Kohlendioxid geschaffen, die weit über die Regelung von Pilotversuchen hinausreicht. Dieses Verfahren existiert bislang nur auf dem Papier und weder die Bundesregierung noch Wissenschaftler und potenzielle Betreiber wissen, ob und wie es wirkt.

Niemand kann sagen, ob die CO2-Endlagerung technisch funktioniert, ob sie

sicher ist und ob sie sich finanziell rechnet. Klar ist nur, dass sie auf den falschen Weg führt, weil dadurch die Kohlekraft länger als energiepolitisch notwendig verlängert wird. Deshalb ist es vollkommen unakzeptabel, dass der Bund nun noch schnell vor der Bundestagswahl ein Gesetz durchdrückt, das die CCS-Technologie absegnet und so in erster Linie die Interessen der Energiekonzerne vertritt, die so lange wie möglich noch Kohlekraftwerke betreiben wollen.

Die SPD in Schleswig-Holstein hat klar zu Erkennen gegeben, dass sie die CO<sub>2</sub>-Endlagerung ablehnt, aber aus Rücksicht auf den Koalitionspartner CDU still halten will. Angesichts der Tragweite dieser Entscheidung ist dies vollkommen verantwortungslos. Wir fordern deshalb vor allem die Sozialdemokraten im Landtag auf, ihr Gewissen walten zu lassen und diesem Durchmarsch der Kohlelobby eine Absage zu erteilen.“